

Die rote Fahne weht im Norden



Nichts geht mehr am Vormittag auf dem Osterdeich: In zwei Demonstrationen zogen die Streikenden zur zentralen Kundgebung, an der sich rund 3000 Metalller beteiligten. FOTO: KUHAUPT

Bremen. Mit Warnstreiks, Demonstrationen und Kundgebungen haben sich Metallarbeiter in ganz Norddeutschland für ihre Tarif-Forderungen stark gemacht.

Schwerpunkte der Aktionen lagen in Bremen und Kiel. Allein in Bremen nahmen nach Angaben der IG Metall 3000 Arbeiter an den beiden Demonstrationen teil.

teil, im Warnstreik waren 5700 Beschäftigte. In Bremerhaven zählte die Gewerkschaft weitere 500 Warnstreikende. Insgesamt sollen sich im Bereich Küste mehr als

20000 Menschen beteiligt haben. Der Arbeitgeberverband Nordmetall kritisierte die Warnstreiks als „Flächenstreiks ohne Urabstimmung“.

Bremen rutscht immer weiter ab

Wohlfahrtsverband beklagt Spaltung der Gesellschaft / In Bremerhaven lebt mehr als jedes dritte Kind von Hartz IV

Die Armut in Deutschland hat ein Rekordhoch erreicht, und Bremen belegt bundesweit nicht nur weiter den letzten Platz, sondern koppelt sich ab. Zu diesem Schluss kommt der Gesamtverband des Paritätischen, der gestern in Berlin seinen aktuellen Armutsatlas vorgestellt hat. Der Chef des Wohlfahrtsverbands richtet klare Worte an die Bremer Politik.

VON SARA SUNDERMANN

Bremen. Trotz guter Wirtschaftslage ist die Armut in Deutschland stark gestiegen. Das stellen die Autoren des 5. Armutsatlases fest und sprechen von einem „historischen Höchststand“. 12,5 Millionen Menschen leben bundesweit in Armut, verdienen also weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens. Besonders Alleinerziehende und Rentner sind betroffen. Und Bremen bleibt – mit jetzt noch größerem Abstand – Schlusslicht. Hier stieg die Armut mehr als doppelt so stark wie im Bundesschnitt, zuletzt auf 24,6 Prozent im Jahr 2013.

Deutschland ist ein tief zerrissenes Land: Die Kluft zwischen armen und reichen Regionen werde immer tiefer, so die Autoren. In Bremen lebt jeder vierte Einwohner in Armut, in Bayern nur jeder zehnte. In Bremerhaven ist der Anteil der Armen viermal so hoch wie in Bodensee-Oberschwaben.

Armut ballt sich in Stadtstaaten, das ist bekannt, doch selbst unter den Großstädten schneidet Bremen schlecht ab: „Bremen hat den schlechtesten Trend, seit 2009 zeigt die Armutskurve steil nach oben“, sagt Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands. „Das völlige Abrutschen von Bremerhaven ist erschreckend: 38 Prozent der Kinder leben von Hartz IV, eine ganze Region ist von Kinderarmut geprägt.“ Er sieht vor allem die Bundesregierung in der Pflicht, übt aber auch deutliche Kritik an der Bremer Landesregierung: „Eine große armutspolitische Offensive habe ich in Bremen nicht wahrgenommen“, sagt Schneider. „Worauf will man noch warten? Dass jedes

zweite Kind von Hartz IV lebt?“ Schneider nahm auch an der ersten Armutskonferenz in Bremen im Herbst 2013 teil.

Bremen müsse nun Druck auf den Bund machen, fordert er: „Bremer Politiker aller Parteien müssen sich dringend dafür einsetzen, dass Steuererhöhungen nicht länger ein Tabu sind“, sagt Schneider. „Jede Zurückhaltung ist jetzt fehl am Platz.“

„Die Bremer Entwicklung ist erschütternd“, sagt auch Gerd Wenzel, Vorsitzender des Paritätischen Bremen. Er spricht von einer „Armutswirbelwind“. „Es ist der Politik nicht gelungen, den Abwärtstrend zu stoppen“, sagt Wenzel. „Ich sehe das Bemühen, aber nicht den Erfolg.“ Er stellt aber auch fest: „Es ist schwierig, dieses Problem auf Landesebene zu lösen –

Bremen kann das nicht alleine stemmen.“ Der Bund müsse eine Kindergrundsicherung einführen, das Absenken der Renten stoppen und die Hartz-IV-Sätze erhöhen.

Bremen dagegen müsse vor allem die Kinderbetreuung weiter verbessern, damit Alleinerziehende berufstätig sein können und nicht in die Armut abrutschen. „Wir brauchen flexiblere Zeiten in den Kitas, die Städte sind immer noch nicht auf Alleinerziehende vorbereitet“, sagt Wenzel. „Ob in der Pflege oder im Krankenhaus, wir haben in so vielen Bereichen Schichtarbeit und späte Arbeitszeiten, dafür ist das Betreuungsangebot absolut unzureichend.“

Im Kampf gegen Armut bei der Kinderbetreuung und bei der frühkindlichen Bildung anzusetzen, fordert auch der Sozial-

wissenschaftler René Böhme vom Institut Arbeit und Wirtschaft (IAW), der zu den Initiatoren der Bremer Armutskonferenz gehört: „In der Betreuung der Kinder unter drei Jahren hatte Bremen lange sehr große Defizite“, sagt Böhme. „Und lange Zeit wurden Kitas vor allem dort gebaut, wo sie von den Eltern nachgefragt wurden, also vor allem in den reicheren Stadtteilen.“ Die Stadt sei dabei, dies zu ändern, doch es gelte weiterzumachen. Der Bund müsse die Gesetze ändern und Bremen sich für mehr Teilhabe einsetzen, fordert Böhme. Gemeinsam mit anderen bereitet er derzeit eine zweite Bremer Armutskonferenz vor, bei der im November Wissenschaftler, Sozialarbeiter und Behörden weiter Werkzeuge gegen Armut entwickeln wollen.

Was Politiker zum Armutsatlas sagen

Klaus Möhle, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion: „Überall da, wo es in der Macht des Landes liegt, versuchen wir, Bildungs- und Teilhabechancen zu erhöhen. Für Transferleistungsempfänger werden verbilligte soziale und kulturelle Angebote im Bremen Pass gebündelt. Eine Jugendberufsagentur wird aufgebaut und eine Ausbildungsplatzgarantie eingeführt. Wir setzen nicht nur auf Vermittlung in gering qualifizierte Tätigkeiten, sondern verstärkt auf Berufsabschlüsse. Bremen sorgt wieder für sozialen Wohnungsbau. Die SPD steht zu einer Erhöhung der Erbschaftsteuer für sehr große Vermögen.“

Matthias Güldner, Fraktionsvorsitzender der Grünen: „Wir nehmen die Ergebnisse sehr ernst. Die Bremer Ergebnisse im Bericht des Paritätischen sind ein



Von links: Klaus Möhle (SPD), Matthias Güldner (Grüne), Elisabeth Motschmann (CDU), Kristina Vogt (Linke). FOTOS: BEHRENS-DPA-KOCH-KUHAUPT

Skandal der Armut. Auf Bundesebene wollen wir höhere Spitzensteuersätze und eine höhere Erbschafts- und Vermögenssteuer, damit die Länder die Bekämpfung der Armut finanzieren können. Wir wollen in Bremen vor allem über bessere Bildung den Armutskreislauf durchbrechen: Frühförderung, Kinderbetreuung und Ganztagschulen müssen weiter ausgebaut werden, damit wir nicht neue Armut produzieren.“

Elisabeth Motschmann, Spitzenkandidatin der CDU: „Der Armutsatlas dokumentiert abermals auf erschreckende Weise, wie sehr sich Armut in Bremen unter SPD und Grünen verfestigt. Bürgermeister Jens Böhrnsen hat das Thema zur Chefsache erklärt. Vor diesem Hintergrund ist der Bericht umso mehr eine Bankrotterklärung seiner Politik, denn seine Versuche bleiben wirkungslos und erfolglos. Es macht mich fassungs-

los, wenn sich der Senat für Einzelmaßnahmen auf die Schulter klopft, aber offensichtlich nicht in der Lage ist, die Ursachen von Armut an der Wurzel zu packen.“

Kristina Vogt, Fraktionsvorsitzende der Linken: „Die Nachricht ist keine Überraschung, aber dennoch ein handfester Skandal. Die Fakten liegen lang und breit auf dem Tisch. Es sind Alleinerziehende, Rentner und vor allem Kinder, denen diese Entwicklung am schwersten zusetzt. Doch statt die Bekämpfung der Armut mit einem ressortübergreifenden, finanzstarken Konzept in Angriff zu nehmen, hält der Senat lieber großzügig Abstand zur Neuverschuldungsgrenze und doktort zur Wahrung des schönen Scheins an kleinen Modellprojekten herum.“

ANZEIGE

Kreuzfahrtmesse Bremen

Sonntag 22. Februar
10.30 - 17.30 Uhr
bei **AUTOWELLER**
Osterdeich 151, Bremen

Eintritt **5,-**

www.kreuzfahrtmesse-bremen.de

Bahn will Streik abwenden

Frankfurt/Main. Für Bahn-Kunden bleibt die Planung der nächsten Tage unsicher. Noch immer droht ein Streik der Lokführer. Es schien gestern aber auch möglich, dass die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) den Ausstand noch ablässt. Bis zum Nachmittag nannte die GDL keinen Streiktermin. Die Bahn versuchte, die Gewerkschaft von ihrem Vorhaben abzubringen. „Ja, wir reden miteinander, wir sind in Kontakt“, sagte Bahn-Personalvorstand Ulrich Weber in Frankfurt.

ANZEIGE

www.aldi-nord.de

SUPER FRISCH. SUPER PREIS. **NUR FREITAG + SAMSTAG** **UNSERE FRISCHE ANGEBOTE**

TYPISCH ALDI!

FRISCHE-ANGEBOTE IM INNENTEIL

ALDI

Schäuble lehnt Athens Antrag ab

Brüssel-Berlin-Athen. Das pleitebedrohte Griechenland ist mit seinem neuen Hilfsantrag in Berlin vorerst abgeblitzt. In der vorliegenden Form lehnt das Bundesfinanzministerium den Antrag auf eine Verlängerung der Ende Februar auslaufenden Hilfen strikt ab. „Der Brief aus Athen ist kein substantieller Lösungsvorschlag“, sagte der Sprecher von Finanzminister Wolfgang Schäuble, Martin Jäger, in Berlin.

Die Griechen hatten den lange angekündigten Antrag gestern Morgen auf den Weg gebracht. Heute Nachmittag treffen sich Schäuble und seine Kollegen aus der Eurozone zu einer Sondersitzung in Brüssel. Dort soll ein Ausweg aus der verfahrenen Situation gefunden werden.

In der schwarz-roten Koalition sorgt Schäubles Kurs für Verstimmung. Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) riet dazu, „dass wir diese neue Haltung der griechischen Regierung als Ausgangspunkt für Verhandlungen nutzen und nicht vorher bereits öffentlich ablehnen“.

In dem Schreiben an die Eurogruppe bitet der griechische Finanzminister Gianis Varoufakis um eine sechsmonatige Verlängerung der Finanzhilfen für das Krisenland. Darin akzeptiert Griechenland auch weitere Überwachungen durch die EU, die EZB und den IWF. Offen bleibt allerdings die Frage: Ist die neue Athener Regierung nun auch bereit, im Gegenzug für Hilfskredite weitere Auflagen der internationalen Geldgeber zu akzeptieren?

Seinen Antrag will Griechenland auch nach der deutschen Absage nicht nachbessern. Die Euro-Finanzminister könnten auf der heutigen Dringlichkeitssitzung den Antrag „annehmen oder ablehnen“, hieß es gestern Abend in einer Erklärung der Regierung. Eine andere Option gebe es nicht.

Kommentar Seite 2-Bericht Seite 3

INHALT

Bildung & Wissen	24
Familienanzeigen	8
Fernsehen	23
Lesermeinung	4
Rätsel & Roman	22
Schiffahrt	16
Veranstaltungsanzeigen	17

H 7166 • 28189 BREMEN

5 000 8

4 194176 301309

POLITIK
Friedenstruppe für die Ukraine

Kiew. Mit einer internationalen Friedensmission will der ukrainische Präsident Petro Poroschenko den Westen noch stärker in die Konfliktlösung für die Ostukraine einbinden. Eine EU-Polizeimission unter UN-Mandat wäre für die prowestliche Führung in Kiew die beste Form eines internationalen Friedenseinsatzes, sagte Poroschenko gestern in Kiew. Eine Beteiligung Russlands schloss der Präsident aus. Kanzlerin Angela Merkel sowie die Präsidenten Frankreichs, Russlands und der Ukraine, François Hollande, Wladimir Putin und Poroschenko, versicherten unterdessen in einer Telefonkonferenz, weiter am Minsker Abkommen festzuhalten. **Seiten 2 und 4**

BREMEN
Gericht begrenzt Überwachung

Erfurt-Bremen. Das Bundesarbeitsgericht hat der Überwachung von Beschäftigten etwa im Krankheitsfall enge Grenzen gesetzt. Nur bei einem auf Tatsachen beruhenden, konkreten Verdacht einer schweren Pflichtverletzung dürften Arbeitgeber Detektive zur Kontrolle von Mitarbeitern einsetzen, urteilten die Richter in Erfurt. Derartige Pflichtverletzungen können das Vortäuschen einer Krankheit oder Diebstahl sein. In Bremen zeigte sich der Arbeitgeberverband nicht überrascht von dem Urteil. Der Deutsche Gewerkschaftsbund in der Region Bremen-Elbe-Weser war indes unzufrieden, da Videoaufnahmen weiterhin erlaubt seien. **Seiten 2 und 7**

DER NORDEN
Lebenslang für Niels H.?

Oldenburg. Im Mordprozess gegen einen ehemaligen Krankenpfleger des Klinikums Delmenhorst sind vor dem Landgericht Oldenburg die ersten Plädoyers gesprochen worden. Staatsanwaltschaft und Nebenklage forderten eine lebenslange Haftstrafe. Beide sahen es als erwiesen an, dass Niels H. die derzeit verhandelten drei Morde und zwei Mordversuche begangen hat. Der 38-Jährige war zudem voll geständig, räumte selbst insgesamt sogar bis zu 30 Taten ein. Gestern äußerte er sich erstmals selbst in dem Verfahren, das seit September 2014 läuft. Er bedauere seine Taten am Klinikum Delmenhorst, diese seien nicht entschuldbar. **Seite 12**

WETTER

Tagsüber **7°** Nachts **5°** Niederschlag **70%**

Regen oder Nieselregen
In den Norden und Westen Mitteleuropas ziehen dichte Wolken. Sie bringen gebietsweise Regen.

Das ausführliche Wetter finden Sie auf Seite 6 und jederzeit aktuell auf dem Online-Portal des WESER-KURIER unter: www.weser-kurier.de/wetterkontor/aktuell